

© Schwerpunkt »Agrarreform«

Regionale Resilienz

Eine neue Anforderung an die ländliche Entwicklung und die künftige Regionalpolitik der EU

von Ulf Hahne

Die aktuelle Finanz- und Staatenkrise macht deutlich, wie empfindlich in einem global verflochtenen Finanz- und Wirtschaftssystem einzelne Elemente sind. Dies gilt nicht nur für städtische Agglomerationen, sondern insbesondere auch für ländliche Regionen, die ohnehin bereits in vielem benachteiligt sind. Ein Ziel künftiger regionaler Entwicklungspolitik müsste daher lauten, die Widerstands- und Pufferungsfähigkeit von Regionen gegenüber externen Schocks zu erhöhen. Im ökosystemaren Zusammenhang spricht man von »Resilienz« der Systeme. Stattdessen orientiert sich die bisherige Regionalpolitik an Parametern wie Wachstum und Effizienzsteigerung, und auch für die neue Förderperiode der EU zeichnet sich hier kein Umdenken ab. Der Beitrag beschreibt die Notwendigkeit, aber auch die vielfältigen politischen Möglichkeiten, Resilienz und Widerstandsfähigkeit zum neuen Leitbild für die Förderung regionaler Wirtschaftssysteme und Lebenszusammenhänge zu machen.

Die Europäische Union steht derzeit aufgrund der Finanzkrise vor einer Zerreißprobe. Neue Instrumente wie der »Europäische Stabilitätsmechanismus« oder der »Europäische Rettungsfonds« werden eingeführt, um den Kollaps von einzelnen Mitgliedsstaaten und das Auseinanderbrechen der EU zu verhindern. Die für Teile der Union eingeführte gemeinsame Währung wird als Symbol des einheitlichen Binnenmarktes mit hohem Aufwand verteidigt. Gleichzeitig werden die alten Instrumente der Förderung des Zusammenhalts, insbesondere die Regionalpolitik, fortgeführt und auf die neue EU-Förderperiode 2014–2020 hin ausgerichtet.

Alte Gründe für Regionalpolitik

Staaten und Staatenverbände betrieben Regionalpolitik bislang aus zwei Gründen: Zum einen sollen die Entwicklungspotenziale aller Regionsteile entfaltet werden und dadurch das Gesamtwachstum erhöht werden; zum anderen sollen Spannungen durch auseinanderdriftende regionale Entwicklungen innerhalb ihres Territoriums verringert werden.¹ Auf Regionen bezogene Entwicklungspolitik steht damit immer im Spannungsfeld zwischen Wachstums- und Ausgleichszielen. Im Lissabon-Vertrag der EU heißt es: »Die Union errichtet

einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums (...) hin.« (Art. 3, Abs. 3). Und: »Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten« (ebenda).

In Art. 174 wird das Ziel europäischer Regionalpolitik explizit definiert: »Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.

Unter den betreffenden Gebieten gilt besondere Aufmerksamkeit den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie den nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie den Insel-, Grenz- und Bergregionen.«

Regionalpolitik soll mit ihren Instrumenten (Investitionshilfen, Infrastrukturausbau) dazu beitragen, die Mobilität von Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit) zu begünstigen und die Wachstumspotenziale auch der strukturschwachen Regionen zu stimulieren. Beides – Faktorausgleich durch Mobilität und erhöhtes Wachstum in der schwächeren Region – soll zum Disparitätenausgleich beitragen.

Ausgleich versus Wachstum

Das Wachstumsziel lässt sich jedoch auch als gesamtwirtschaftliches Ziel für die gesamte EU interpretieren: Danach sollen die regionalpolitischen Eingriffe dazu beitragen, dass der gesamte Output in der EU gesteigert wird. Demnach müssten die Mittel in den Regionen eingesetzt werden, wo sie zur höchsten Steigerung des Gesamtausgangs beitragen. Man könnte damit auch vom »Effizienzziel«² statt vom Wachstumsziel sprechen. Damit gerät aber die Regionalpolitik in ein Dilemma: Will sie die höchsten Wachstumsbeiträge der Regionen erreichen, um das Gesamtprodukt der EU zu maximieren, kann es sein, dass sie ihre regionalpolitischen Mittel vor allem in den strukturstarke Regionen einsetzen müsste (Motto: Starke stärken). Dies kann durch unterausgelastete Faktoren oder durch höhere Effizienz in den starken Wirtschaftszentren begründet sein.

Regionalpolitik ist jedoch keine allein ökonomisch begründete Politik, sondern kann ebenso mit sozialem Ausgleich, politischem Zusammenhalt, kultureller Vielfalt, dem Nachhaltigkeitsziel und dem Resilienzgedanken verknüpft werden. Zudem ist das Effizienzziel auch in ökonomischer Betrachtung unzulässig verkürzt: Es vernachlässigt die externen Effekte, welche den Preismechanismus und die Mobilität beeinflussen und die daraus resultierenden Wachstumseffekte verzerren. Als externe Effekte können angeführt werden:³

- Agglomerationskosten, welche Agglomerationsvorteile möglicherweise übersteigen, aber nicht in der Wachstumsberechnung erscheinen; solche Kosten sind zum Beispiel Smog, Verkehrsstaus, erzwungene Mobilität, schlechte Wohn- und Lebensbedingungen, Gesundheitsfolgen etc.
- Nutzung öffentlicher Infrastrukturen zur Erzielung privater Erträge; vielfach werden Grundinfrastrukturen (wie Ver- und Entsorgung, Verkehr, Telekommunikation) sowie komplementäre Einrichtungen (wie Bildung, Wissens- und Technologietransfer, effiziente und differenzierte Verwaltungen) vornehmlich und vorrangig in Ballungsräumen ausgebaut.
- Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Biodiversität, welche nicht in die Preise der Produktionsfaktoren vor Ort eingehen.

Dennoch: Die ökonomische Argumentation, Regionalpolitik unter das Effizienzziel zu stellen, wirkt in die Ausgestaltung der EU-Regionalpolitik stark hinein. Begonnen hat dies vor allem in der derzeitigen Förderperiode (2007–2013) und betrifft sowohl die Regionalpolitik wie die spezifische Politik für die Entwicklung ländlicher Räume.

Veränderungen der Regionalpolitik

Regionalpolitik wurde bis in die 1970er-Jahre von den Nationalstaaten allein betrieben, die Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) kamen erst 1975 hinzu. Sie wurden zunächst additiv zur nationalen Finanzierung eingesetzt und waren anfangs gering. So betrug der Anteil des EFRE am gesamten EU-Budget im Schnitt der Jahre 1975 bis 1988 nur 6,8 Prozent, in der aktuellen Förderperiode sind es dagegen 35,7 Prozent. Damit ist das EFRE-Volumen inzwischen fast ebenso groß wie der Agrarfonds.

Seit der EU-Förderperiode 2000–2006 werden die Strukturfonds spezifischen Zielen zugeordnet. Zunächst waren diese nur mit Zahlen benannt (Ziele 1 bis 3), wurden dann aber in der Periode 2007–2013 mit namentlichen Titeln versehen und sind territorial zugeordnet (Tab. 1). Dadurch dienen nicht nur die rein regionalpolitischen Maßnahmen, sondern auch die weiteren Fonds wie der Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds, der Fischereifonds (EFF) und der seit der Förderperiode 2007–2013 neue »Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums« (ELER) den strukturpolitischen Zielen der EU-Politik. Rechnet man die Ziele »Konvergenz« und »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« zusammen, dienen derzeit sogar gut 45 Prozent des EU-Budgets der regionalen Entwicklung.

Der größte Teil der Mittel (etwa zwei Drittel) fließt in die »Weniger entwickelten Regionen« mit der schwächsten Wirtschaftsleistung (Auswahlkriterium: weniger als 75 Prozent des EU-durchschnittlichen BIP je Kopf). Nach wie vor erhalten die schwächsten Regionen in Europa den größten Teil der Förderung. Doch zunehmend ist die Förderung für die anderen Regionen durch die beiden Ziele »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« und die »Europäische territoriale Zusammenarbeit« ermöglicht worden.

Die Zuordnung des ELER fällt je nach Blickwinkel unterschiedlich aus: Betont man die Elemente der ländlichen Regionalentwicklung in ELER (z. B. LEADER, Fördermöglichkeiten für außerlandwirtschaftliche Investitionen), kann der ELER den regionalen und strukturpolitischen Zielen der europäischen Politik zugerechnet werden. Sieht man sich Volumen und Fördermöglichkeiten an, die an landwirtschaftlichen Aktivitäten ansetzen, und berücksichtigt ferner, dass der ELER aus dem Agrarfonds finanziert wird, so muss er als Teil der Agrarpolitik verstanden werden. Gleichwohl zeigt die Schaffung eines eigenen Fonds seit der Periode 2007 den Bedeutungsgewinn des Politikbereichs »Entwicklung ländlicher Räume« an. Zusätzlich wird zur Entwicklungspolitik für die ländlichen Räume hier auch der Meeres- und Fischereifonds (EMFF) gezählt, der über die lokalen Aktionsgruppen für Fi-

Tab. 1: Ziele und Finanzinstrumente der EU-Regionalpolitik im Vergleich

Förderperiode 2000–2006		Förderperiode 2007–2013		Förderperiode 2014–2020		
Ziele	Finanzinstrumente	Ziele	Fonds	Ziele	Regionskategorien	Fonds
Kohäsion	Kohäsionsfonds	Konvergenz	EFRE ESF Kohäsionsfonds	Investieren in Wachstum und Beschäftigung	Weniger entwickelte Regionen	EFRE ESF Kohäsionsfonds
Ziel 1	EFRE ESF EAGFL FIAF				Übergangsregionen	
Ziel 2	EFRE ESF	Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	EFRE ESF		Stärker entwickelte Regionen	EFRE ESF
Ziel 3	ESF					
Interreg	EFRE	Europäische territoriale Zusammenarbeit	EFRE	Europäische territoriale Zusammenarbeit		EFRE
URBAN	EFRE					
EQUAL	ESF					
LEADER+	EAGFL, Ausrichtung					
Entwicklung Ländlicher Räume außerhalb Ziel 1	EAGFL Garantie FIAF	Horizontal neu: ELER	EFF ELER	Entwicklung Ländlicher Räume		EMFF ELER
9 Ziele	6 Instrumente	3 Ziele	5 Instrumente	3 Ziele		5 Instrumente

scherei gut mit LEADER-Gruppen verzahnt werden kann.

Ausweitung der Förderkulisse auf alle Regionen

Die wichtigste Veränderung der aktuellen Förderperiode bezieht sich auf die Veränderung der Förderkulisse. Um das Effizienzziel zu erreichen, können zum Wachstum alle Regionen und besonders auch die strukturstarken beitragen. Daher hat die EU das Ziel »Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« erstmals flächendeckend angelegt.

Das Prinzip »Flächendeckung« zieht Folgeeffekte nach sich:

- Es weckt Begehrlichkeiten der noch nicht oder nicht genügend Berücksichtigten. Hier waren die Metropolregionen in der aktuellen Förderperiode besonders aktiv, auf die hohen Erträge einer Förderung ihrer Regionen hinzuweisen.
- In Konsequenz der Prinzipien »Flächendeckung« und »Effizienz« werden die Auswahlentscheidungen über die Förderwürdigkeit von Projekten von der Region auf das Land gehoben, um Projekte mit der größten Effizienz auszuwählen. Entscheidungsbefugnisse der Regionen werden zurückgenommen.

- Um die Förderung für gute Projekte zu erhalten, werden nun nicht regionale Entwicklungskonzepte gefordert (dies kann ein Zusatzkriterium vor Ort bleiben), sondern ein landesweiter Wettbewerb um die besten Projekte. Das Kriterium der »Besten« definiert folglich das Land, nicht die Region.
- Es forciert die Anstrengungen aller begünstigten Regionen, mit besonders »förderungswürdig« erscheinenden Projekten zu punkten. Damit werden aber immer stärker Projekte ähnlichen Charakters (z.B. hoher Innovationsgrad, wissensintensive Branchen etc.) auftauchen, so dass die regionale Vielfalt abnimmt. Bei Krisen werden die Regionen anfälliger, wenn sie ähnliche Strukturen aufweisen.
- Es senkt die Wirksamkeit der Förderung in schwachen Regionen. Ihnen fällt es trotz Förderung immer schwerer, mittels Wachstum aufzuholen. Die neuesten Berichte zur Entwicklung der jungen Bundesländer zeigen dies unter anderem auf.⁴

Auch in der ländlichen Regionalentwicklung hat sich der Gedanke der Flächendeckung in der vergangenen Förderperiode breit durchgesetzt. Viele Bundesländer haben auch den ELER (Teil: ländliche Regionalentwicklung, LEADER) flächendeckend ausgelegt oder die weitgehende Flächendeckung durch Ergänzung mittels

ähnlich gestrickter Landesprogramme erreicht. Damit vollziehen sie die Entwicklung der Strukturfonds nach.

In der Folge verbleiben den Regionen wenig eigene Steuerungsmöglichkeiten; sie müssen sich dem landesweiten Wettbewerb der Projekte stellen und sind dabei umso erfolgreicher, je besser sie die Hauptförderrichtung des Landes treffen. Diese stimmt aber nicht unbedingt mit der besten strategischen Förderung für die Region überein. Die aktuelle Förderpolitik konterkariert den Gedanken der Bottom-up-Bewegung und Selbstbestimmung der Regionen aus der Ursprungsidee von LEADER in starkem Maße.

Ergebnisse der Regionalpolitik

Die Wissenschaft tut sich schwer damit, den Einfluss der Regionalpolitik auf die Entwicklung von Regionen als isolierbare Maßnahme herauszurechnen. Gern werden Rechnungen erstellt, wie eine Region (eine Branche) sich ohne Förderung entwickelt hätte. Aus der Differenz zum tatsächlichen Ergebnis ergibt sich dann der hypothetische Beitrag der staatlichen Fördermaßnahmen. Dennoch ist der Strauß der Einflussfaktoren so groß, dass die Ergebnisse häufig umstritten sind. Besonders gern wird das Argument bemüht, dass die Zeiträume des Wirkens der regionalpolitischen Maßnahmen so lang sind, dass eine direkte Zurechnung kaum möglich ist.⁵ Während dabei der Wert von Infrastrukturmaßnahmen für die Verbesserung der regionalen Entwicklungsmöglichkeiten als überaus wichtig eingeschätzt wird, werden die im Rahmen der Regionalpolitik gezahlten betrieblichen Investitionsförderungen häufig als Mitnahmeeffekt bezeichnet.

Eine Schweizer Forschergruppe hat unlängst ausgerechnet, dass in den Ziel-1-Regionen der EU die Förderung einen zusätzlichen Wachstumsimpuls von 1,5 Prozentpunkten erbracht hat.⁶ Ungeklärt bleibt bei solchen Untersuchungen, wie groß der Wachstumsimpuls ohne Förderung wäre und ob Wachstum als traditionelles Messkonzept ausreichend ist, um die Entwicklung von Regionen zu beschreiben.

Weiter auf Wachstum programmiert

Schon in der derzeitigen Periode spielt die Ausrichtung auf Innovationen eine große Rolle. Es wurde eine Zweckbindung eingeführt, nach der die Förderung auf bestimmte Kategorien zu konzentrieren ist. Diese umfassen Bereiche wie Innovation, wissensintensive Produktionen, Forschung und technologische Entwicklung, Informationsgesellschaft, Netzwerk- und Clusterbildung, Umweltschutz und Humanressourcen. In Konvergenzregionen müssen 60 Prozent der Ausgaben (hier auch Verkehrsmaßnahmen), in den anderen Gebieten 75 Prozent der Ausgaben dieser Zweckbindung

(»Earmarking«) genügen. Auch dies verschiebt den regionalen Schwerpunkt eher in Richtung der hochverdichteten, wachstumsstarken Regionen.

Die neue Periode wird bestimmt durch Ausrichtung auf die EU-Strategie »Europa 2020 – Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum«.⁷ Hierfür wurden im »Gemeinsamen Strategischen Rahmen«⁸ insgesamt elf thematische Ziele festgelegt, die in den einzelnen Fonds unterschiedlich aufgenommen sind und entsprechend in den Programmen der Nationalstaaten auftauchen müssen. Dabei handelt es sich unter anderem weiterhin um die Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation (Thema 1), von Informations- und Kommunikationstechnologien (Thema 2) und Bildung (Thema 10). Es gehören aber auch Themen wie die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Thema 3), die Verringerung der CO₂-Emissionen in der Produktion (Thema 4), die Erhöhung der Ressourceneffizienz (Thema 6) und die Anpassung an den Klimawandel (Thema 5) dazu.

Im Regionalfonds EFRE ist explizit festgelegt, dass in den stärker entwickelten Regionen mindestens 80 Prozent der Mittel auf die Themen 1, 3 und 4 und mindestens 20 Prozent auf Thema 4 entfallen sollen (in weniger entwickelten Regionen: 50 Prozent und sechs Prozent). Der Katalog ist damit weiterhin auf Wachstum orientiert, auch wenn einige Nachhaltigkeitsaspekte auftauchen.⁹ Diese sind jedoch bis auf das Thema Karbonreduzierung in der Produktion nicht umfänglich verankert. Die Herausforderung demografischer Wandel wird gar nicht berücksichtigt. Und schließlich fehlt trotz der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 2009 ff. und der aktuellen Euro-Krise ein Eingehen auf Fragen der regionalen Resilienz.

Krisenresilienz: Neue Anforderung an die Regionalpolitik

Krisen treffen die miteinander vernetzten Regionen je nach Grad ihrer systemischen Anfälligkeit gegenüber tiefgreifenden Herausforderungen unterschiedlich. Stark weltmarktabhängige Regionen beispielsweise geraten in einer Weltwirtschaftskrise rascher in eine Depression als Regionen, welche von der Weltkonjunktur weniger abhängig sind. Aber auch Schocks wie Ölkrisen, Nahrungsmittelknappheiten oder Klimakatastrophen treffen Regionen je nach Voraussetzungen, Strukturen und Bewältigungsvorrichtungen unterschiedlich. Auch auf schleichende Veränderungen – wie den demografischen Wandel – müssen Regionen reagieren. Eine resiliente Regionalpolitik versucht, Regionen für einen Entwicklungspfad zu befähigen, der sie weniger anfällig gegenüber extern hervorgerufenen Krisen macht.

Resilienz¹⁰ befasst sich mit kurzfristigen und langfristigen Anpassungen an krisenhafte Entwicklungen

und Gefahren. Regionen sind gegenüber objektiven Bedrohungen (Gefahren) unterschiedlich anfällig. Als Dimensionen der Verwundbarkeit einer Region durch Gefahren lassen sich Ausgesetztheit, Anfälligkeit und Bewältigungskapazität unterscheiden. Zudem sind gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung von Risiken, der Bewältigungsaufwand und die Bereitschaft zur Bewältigung bedeutsam.¹¹

Resilienz von Regionen meint dreierlei Anpassungsfähigkeit:

- Kurzfristige Anpassungsfähigkeit gegenüber Katastrophen und Krisen bedeutet die rasche Wiederherstellung der ökonomischen und sozialen Systeme, der Regierungsfähigkeit und Infrastrukturen, etwa nach Hochwasser- oder Starkwindereignissen oder in Reaktion auf Konjunkturkrisen.
- Krisenresistenz, Widerstandsfähigkeit: Eine Krise macht der Region nichts aus, weil ihre Strukturen die Wirkung abprallen lassen. Eine Region ist beispielsweise energieautark, so dass Schwankungen der Öl- und Gaspreise keine Auswirkungen zeigen.
- Lernfähigkeit des Systems, sich neu zu konstituieren: Umgang mit langfristigen krisenhaften Veränderungen wie dem Klimawandel und dem demografischen Wandel. Beispiel: Die Region wappnet sich für eine Vier-Grad-Welt.¹²

Die Lernfähigkeit ist dabei wichtig, um neue Entwicklungen anzustoßen und alten Pfadabhängigkeiten zu entkommen.¹³

Regionale Krisenfestigkeit

Unlängst hat das Pestel-Institut eine bemerkenswerte Studie zur Krisenfestigkeit deutscher Landkreise präsentiert und damit einen ersten Ansatz zur Messung regionaler Resilienz vorgestellt.¹⁴ Ausgangspunkt ist die Weltwirtschaftskrise 2009 mit ihren Auswirkungen und die These, dass Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht unbedingt Zukunftsfähigkeit und Krisenfestigkeit bedeutet.

Für die sechs Dimensionen Soziales, Wohnen, Verkehr, Flächennutzung, Energie und Wirtschaft wurden jeweils drei Indikatoren ausgewählt, welche Krisenfestigkeit beinhalten (Tabelle 1). Das reicht von der energetischen Basis der Region über die Fläche des ökologischen Anbaus in der Landwirtschaft, den PKW-Besatz, die kommunale Verschuldung, den Wanderungssaldo und die ärztliche Versorgung bis zum Bildungsniveau.

Zwar nicht verwunderlich, aber doch für die Bedeutung ländlicher Regionalentwicklung wichtig ist das Ergebnis der Pestel-Studie: Nicht die Ballungsräume konnten mit der Krise gut umgehen, sondern es sind vor allem ländliche Regionen, welche in höherem Maße krisenfest sind. Dagegen lässt sich einwenden, dass das Indikatorenset das Ergebnis beeinflusst. Dies ist jedoch bei jeder indikatorbasierten Studie der Fall. Die Pestel-Studie hat den Anfang gemacht, das Suchraster für regionale Krisenresistenz zu konkretisieren.

Auch die EU-Kommission hat in einem Papier von 2008 erkannt, dass die europäischen Regionen großen

Tab. 1: Indikatorenset zur Krisenfestigkeit¹⁶

Soziales

1. Schulabgänger ohne Abschluss in v.H. aller Schulabgänger
2. Anteil der Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren (SGB II-Quote).
3. Hausärzte je 100 000 Einwohner

Wohnen

4. Wanderungssaldo im Durchschnitt der Jahre 2004–2008 je 1 000 Einwohner
5. Mieterquote
6. Wohnfläche je Einwohner

Verkehr

7. Verkehrsflächen je Einwohner
8. ÖPNV-Fahrzeugkilometer je Einwohner
9. PKW-Bestand je 1 000 Einwohner

Flächennutzung

10. Landwirtschaftsfläche je Einwohner
11. Anteil ökologischer Anbau an der Landwirtschaftsfläche in v.H.
12. Waldfläche je Einwohner

Energie

13. Windkraftleistung je Einwohner
14. Biogasleistung je Einwohner
15. Solarthermie und Photovoltaik je Einwohner

Wirtschaft

16. Anteil der Beschäftigten am Wohnort, die nicht über die Regionsgrenze auspendeln in v.H.
17. Industriebeschäftigte je 100 Erwerbstätige
18. Kommunale Schulden je Einwohner (einschließlich Kassenkredite)

Folgerungen & Forderungen

- Regionale Entwicklungskonzepte sollten sich in der neuen Förderperiode auch dem Thema resiliente Regionalentwicklung widmen und den Pfad einer einseitigen Wachstumsorientierung überwinden.
- Resilienz bedeutet die Stärkung der Anpassungs- und Lernfähigkeit der Regionen, mit Krisen und langfristigen Herausforderungen umzugehen.
- Ländliche Regionalentwicklung bedarf regionseigener Teilbudgets, um den regionsspezifischen Herausforderungen geeignet begegnen zu können.
- Ein leistungsfähiges Regionalmanagement ist erforderlich, um die Lern- und Anpassungsbereitschaft der Regionen zu steigern und die Akteure anzustiften, neue Projekte und Ideen zu entwickeln.

Herausforderungen gegenüberstehen. Sie benannte explizit folgende vier Herausforderungen, auf die Politik künftig einzugehen habe:¹⁵

- Globalisierung
- Demografischer Wandel
- Klimawandel
- Energie.

Es wird Zeit, dass auch die EU sich mit einer stärker auf Resilienz ausgerichteten Regionalpolitik auf diese Herausforderungen und ihre Bewältigung einstellt. Zu einer solchen Politik würden an vorderster Stelle ein Regionales Entwicklungskonzept gehören, welches sich auch dem Thema Resilienz widmet, eine stärkere Autonomie über das regionale Budget, damit die Regionen ihre eigenen Vorkehrungen und Lernwege beschreiten können, und ein aktives Regionalmanagement, welches neue Projekte und Ideen zu entdecken und anzustiften hilft, welche die Resilienz der Regionen erhöht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. klassische Lehrbücher zur regionalen Wirtschaftspolitik, z. B. D. Fürst, P. Klemmer, K. Zimmermann: Regionale Wirtschaftspolitik, Tübingen 1976; H.-F. Eckey: Regionalökonomie, Wiesbaden 2008; G. Maier, F. Tödtling, M. Trippel: Regional- und Stadtökonomie 2: Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 3. Auflage, Wien/New York 2005; D. Schätzl: Wirtschaftsgeographie 3: Politik, 3. Auflage, Hannover 1994.

- 2 Vgl. z. B. K. Lammers: EU-Strukturpolitik für Nordwestdeutschland 2007–2013. Institutionelle Vorgaben, Optionen und Begrenzungen. In: Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik der Förderperiode 2007–2013 in den nordwestdeutschen Bundesländern. ARL-Arbeitsmaterial 358, Hannover 2012, S. 5–23.
- 3 Vgl. ausführlicher die Literatur in Anmerkung 1.
- 4 Bundesminister des Inneren: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012. Berlin 2012.
- 5 Vgl. IWH (Federführung): Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Halle (Saale) 2011.
- 6 Vgl. S. O. Becker, P. H. Egger, M. von Ehrlich: Going NUTS: The Effect of EU Structural Funds on Regional Performance. *Journal of Public Economics*, 94 (2010), 578–590.
- 7 Europäische Kommission: Europa 2020 – Eine Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Mitteilung KOM (2010) 2020 vom 3. März 2010. Brüssel.
- 8 Vgl. Allgemeine Strukturfondsverordnung. EU-Kommission 2012: COM(2011) 615 final/2 vom 14. März 2012. Brüssel.
- 9 Vgl. die Stellungnahmen in: Rat für Nachhaltige Entwicklung: Wie nachhaltig ist die neue europäische Wachstumsstrategie »Europa 2020«? News 14. April 2010.
- 10 Der Begriff entspringt dem lateinischen Verb *resilire* = zurückspringen, abprallen. – Vgl. C. S. Holling, L. H. Gunderson: *Resilience and Adaptive Cycles*. In: L. H. Gunderson, C. S. Holling (ed.): *Panarchy. Understanding Transformation in Human and Natural Systems*, Washington D.C. 2002, pp. 25–62.
- 11 Vgl. z. B. die Begriffsdifferenzierung bei: G. B. Christmann, O. Ibert: *Vulnerability and Resilience in a Socio-Spatial Perspective*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70 (4) 2012, S. 259–272.
- 12 Gemeint ist der Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur um vier Grad Celsius gegenüber dem Vor-Industrialisierungs-niveau.
- 13 Vgl. R. Lukesch, H. Payer, W. Winkler-Rieder: *Wie gehen Regionen mit Krisen um? Eine explorative Studie über die Resilienz von Regionen*. ÖAR-Regionalberatung, Wien 2010.
- 14 Pestel-Institut: *Regionale Krisenfestigkeit. Eine indikatoren-gestützte Bestandsaufnahme auf Ebene der Kreise und Kreisfreien Städte*. Hannover 2010.
- 15 EU-Kommission: *Regionen 2020. Bewertung der künftigen Herausforderungen für die EU-Regionen*. Arbeitspapier der Kommission. Brüssel 2008.
- 16 Pestel-Institut 2010 (siehe Anm. 14), S. 12.



Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne
Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

Universität Kassel
Fachbereich o6 (Architektur,
Stadtplanung, Landschaftsplanung)
Gottschalkstr. 22, 34127 Kassel
E-Mail: hahne@uni-kassel.de